Liberale Senioren Baden-Württemberg
LSI AKTUELL
Informationen der Liberalen Senioren Initiative Baden-Württemberg e.V.

Januar 2016

Es gibt kein politisches Thema, das nicht auch Bedeutung für Senioren hat. Keine politische Entwicklung ist ohne Auswirkung auf die Lebenssituation der Älteren. Aus diesen Gründen finden sich Bürger mit liberaler Überzeugung in der LSI wieder.

Viele der älteren Generation haben ein distanziertes Verhältnis zur Politik bis hin zur „Politikmüdigkeit“. Das schließt naturgemäß alle etablierten demokratischen Parteien mit ein.

Auch wenn die LSI gerne ihre Unabhängigkeit von der FDP betont und auch daraus eigenständige Ideen und Initiativen entwickelt - Anliegen und Forderungen einer liberalen Seniorenpolitik bringen wir doch in erster Linie bei der und über die FDP zur Sprache.

Dort müssen wir auch die soziale Verantwortung deutlich vertreten, die von jeher Teil einer liberalen Grundhaltung war.

Jede nicht abgegebene Stimme bei der anstehenden Landtagswahl kommt letztendlich radikalen, systemverändernden Gruppierungen zugute. Jede nicht abgegebene Stimme ist ein verloren gegangenes Bekenntnis zu unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Das kann nicht im Sinne von freiheitlich denkenden Bürgern sein!

Es lohnt sich also bürgerschaftliches Engagement mit einer Stimmabgabe zu dokumentieren!

Dr. Gerhard Bozler
stellv. Landesvorsitzender

Wahlaufruf zur Landtagswahl 2016

Wie können wir dem grassierenden Rechtspopulismus entgegenwirken? Nicht indem wir Lösungen anbieten auf Fragen, die die Menschen nicht stellen.

Cool bleiben und das bessere liberale Konzept anbieten

Europa, Deutschland, Baden-Württemberg sind auch deshalb ein Magnet für Migranten, weil es Stabilität, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle dort nicht gibt, wo sie herkommen.
Die soziale Marktwirtschaft, die für uns der Garant des Wohlstands ist, setzt urliberale Eckpfeiler voraus:

- Freiheit in Selbstverantwortung,
- Wettbewerb,
- Offenheit und Toleranz,
- Solidarität und Fairness.

Das Ergebnis ist unser Wohlfahrtsstaat.

Und dieser Wohlfahrtsstaat ist weiterhin nur dann erfolgreich, wenn möglichst alle Bürger und Einwanderer die Chance auf Teilhabe an dieser Gesellschaft haben und diese auch verantwortlich mittragen.

Natürlich können wir nicht jeden Armutsmigranten der Welt aufnehmen, davon abgesehen wollen wir das auch nicht.
Denn das Problem ist nicht die Aufnahme, sondern die langfristige Integration. Die setzt auch voraus, dass wir demokratisch erreichte Regeln nicht beim ersten Ansturm außer Kraft setzen. Auch das ist ein Zeichen der wehrhaften Demokratie.

Im Ländle gilt:
Kampf an zwei Fronten

Wähleranalysen zeigen, dass das Erstarken der populistischen Parteien nur eine Entwicklung ist, der wir massiv entgegenwirken wollen.
Die zweite ist die Politikverdrossenheit. Ausgelöst durch das Gefühl der Entfremdung, fremd im eigenen Land zu sein. Weiter angefacht wird sie durch die Große Koalition der Beliebigkeit in Berlin und der kleinen, aber wirksamen Koalition der Vorschreiberitis und der Verbotsmentalität im Stuttgarter Landtag.

Diese grün-rote Koalition bei uns ist in den letzten Jahren vor allem aufgefallen durch

- gravierende Versäumnisse bei der Verkehrsinfrastruktur,
- haarsträubende Fehlentwicklungen bei Bildungskonzepten und
- konzeptionslosem Durchwurschteln in der Energiepolitik.

Wissenschaftler bestätigen, dass in Zeiten, in denen sich die Wähler vom demokratischen System politisch entfremden, zwei Effekte auftreten:

- Die Mitte übt sich in Wahlenthaltung, weil sie glaubt, ohnehin nichts ändern zu können.
- Politische Randgruppen gehen verstärkt zur Wahl. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Wahlbeteiligung niedrig sein wird und dass vor allem bürgerliche Wähler sich enthalten.

Dazu kommt die weitverbreitete Unwissenheit über das baden-württembergische Wahlsystem. Denn im Landtagswahlrecht Baden-Württemberg gibt es keine Zweitstimme wie in den meisten anderen Bundesländern.

Deshalb gilt:
Wer einem liberalen Baden-Württemberg wieder eine Chance geben will, muss sich bei der Wahlentscheidung zur FDP bekennen.
Und diese auch wählen.

Wir vertrauen auf die Urteilsfähigkeit und das Engagement der älteren Generation.
Die FDP als Partei und die hervorragende Landtagsfraktion haben bewiesen, dass die Anliegen von Senioren im Ansatz allgemeiner liberaler Politik integriert sind.

Es lohnt sich, liberales bürgerschaftliches Engagement mit einer Wahlentscheidung zu dokumentieren!

Der längst überfällige Politikwechsel im Ländle ist nur so zu schaffen.
[WHA/GB/KS]

Gastbeitrag

Jochen Haußmann MdL,
Mitglied der Enquetekommission und sozialpolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

Wir widmen uns auch der kritischen Bewertung der zum Teil wenig praktikablen Maßnahmen der Landesregierung. So sind sich z. B. viele Verbände einig, dass die Regelungen des „Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes“ (WTPG), die ja ambulant betreute Wohngemeinschaften erst ermöglichen sollen, durch zu viele Vorgaben und Regularien eine dynamische Entwicklung in Baden-Württemberg verhindern werden.

Jochen Haußmann

Enquetekommission „Pflege“ Baden-Württemberg

Die vom Landtag eingerichtete Enquetekommission zum Thema Pflege hat das Ziel, bis Ende Januar 2016 einen umfassenden Bericht zum Stand und Handlungsbedarf in diesem Bereich vorzulegen. In 10 Sitzungen fanden bis zum Sommer Anhörungen zu verschiedenen Aspekten statt, darunter zur stationären und ambulanten Pflege, zur Rehabilitation und Prävention, zur Finanzierung, zu Bürokratie-Reduzierung sowie zu weiteren Aspekten wie Palliativpflege. Bei den Anhörungen waren die von uns benannten Experten **Michael Wipp** (Geschäftsführer einer Pflegeeinrichtung und Mitglied im Landesvorstand des Verbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V.) und **Tilman Kommerell** (Leiter der Pflegeschule des HELIOS Spitals in Überlingen) als Mitglieder der Kommission dabei und brachten ihren Sachverstand umfassend in Vorträgen und Beratungen ein. Die Ergebnisse fließen in die abschließenden Beratungen ein, die seit Oktober stattfinden. Der anzufertigende Bericht wird von uns dazu genutzt, die spezifisch liberale Sicht einzubringen, die die einzelnen Menschen mit Pflegebedarf als Ausgangspunkt haben. **Zur Würde des Alters** zählt aus unserer Sicht auch die Wahrung der Würde der individuellen Persönlichkeit. Dies bedeutet beispielsweise konkret

- die **Stärkung der Eigenvorsorge** und
- die **Entbürokratisierung.**

Auffällig ist, dass insbesondere die SPD und die Grünen sichtliche Schwierigkeiten mit der Tatsache haben, **Menschen das Bewusstsein für Eigenvorsorge** näherzubringen. Ansätze zur Förderung durch den so genannten Pflege-Bahr werden von dieser Seite auf dogmatische Weise verdammt.

Akademisierung und Überregulierung

Jede Fraktion bringt ihre Schwerpunkte ein. Dies zeigte sich in den Beratungen. **Die Grünen** legen beispielsweise einen Schwerpunkt auf eine akademischere Ausbildung. Wir müssen froh über jeden Menschen sein, der den Beruf der Altenpflege ergreifen möchte und gerne mit Menschen arbeitet. Wir wollen allen die Chance zu Einstieg und Aufstieg in der Altenpflege eröffnen. **Wer nur auf Akademisierung setzt, springt hier zu kurz** und setzt falsche Anreize.

Wir widmen uns aber auch der kritischen Bewertung der zum Teil wenig praktikablen Maßnahmen der Landesregierung.

Hier sind sich viele Verbände und Betreiber einig, dass die Regelungen des „Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetzes“ (WTPG), die ja ambulant betreute Wohngemeinschaften ermöglichen sollen, so ausgestaltet wurden, dass zu viele Vorgaben und Regularien eine dynamische Entwicklung in Baden-Württemberg verhindern werden.

Bei der Landesheimbauverordnung werden gut gemeinte Absichten, den Heimbewohnern Einzelzimmer zu ermöglichen, **unflexibel** angewandt.

Die Folge wird ein Rückgang der Heimkapazitäten sein, da viele Pflegeheime den Umbau so schnell und vollständig nicht leisten können.

Die so genannten ermessenslenkenden Richtlinien für die Übergangsfrist zur Einzelzimmerverordnung sind viel zu bürokratisch geregelt.

„Pflege zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“

Ein weiteres wichtiges Thema ist für uns der Bereich der **Innovation im Bereich der Pflege**. Altersassistenzsysteme helfen nicht nur, dass Menschen mit Pflegebedarf länger zu Hause wohnen, sondern auch die Arbeit für die Pflegekräfte unterstützen können.

Einen Teilerfolg können wir verzeichnen: Das von uns in die Diskussion eingebrachte Thema einer stabilen und rechtlich einwandfreien Regelung der in großem Maße notwendigen Hausbetreuung durch externe Kräfte, die vorwiegend aus dem osteuropäischen Ausland stammen, hat dazu geführt, dass wir die Dringlichkeit einer Lösung dazu fraktionsübergreifend deutlich machen konnten. Dies ist eine Tatsache, die alle etwas angeht und jeden Tag Menschen betrifft.

Zu dem Thema hat die Fraktion ein eigenes **Positionspapier** verabschiedet, wozu wir auch **fachlichen Rat der österreichischen Regierung eingeholt** haben. Die ist mit einem Fördermodell diese Herausforderung bereits angegangen. Wir sind für die weitere Diskussion sachlich fundiert gerüstet. Wir brauchen also ein **ganzes Bündel von Maßnahmen:**

- Die Kommunen werden bei der **Quartiersentwicklung** eine größere Rolle spielen.
- Das **WTPG und die Heimbauverordnung müssen flexibler** ausgestaltet werden.
- Die **Pflegeberufe sind attraktiver** zu gestalten.
- Dies gilt v.a. für die Berufsbedingungen des Pflegealltags.
- **Statt Bürokratie** setzen wir auf **Innovationen.**
- Das Land kann durch Modellprojekte bei Fürsorge und Dokumentation Pionierarbeit zum Wohle der Pflegebedürftigen und der Pflegenden schaffen.

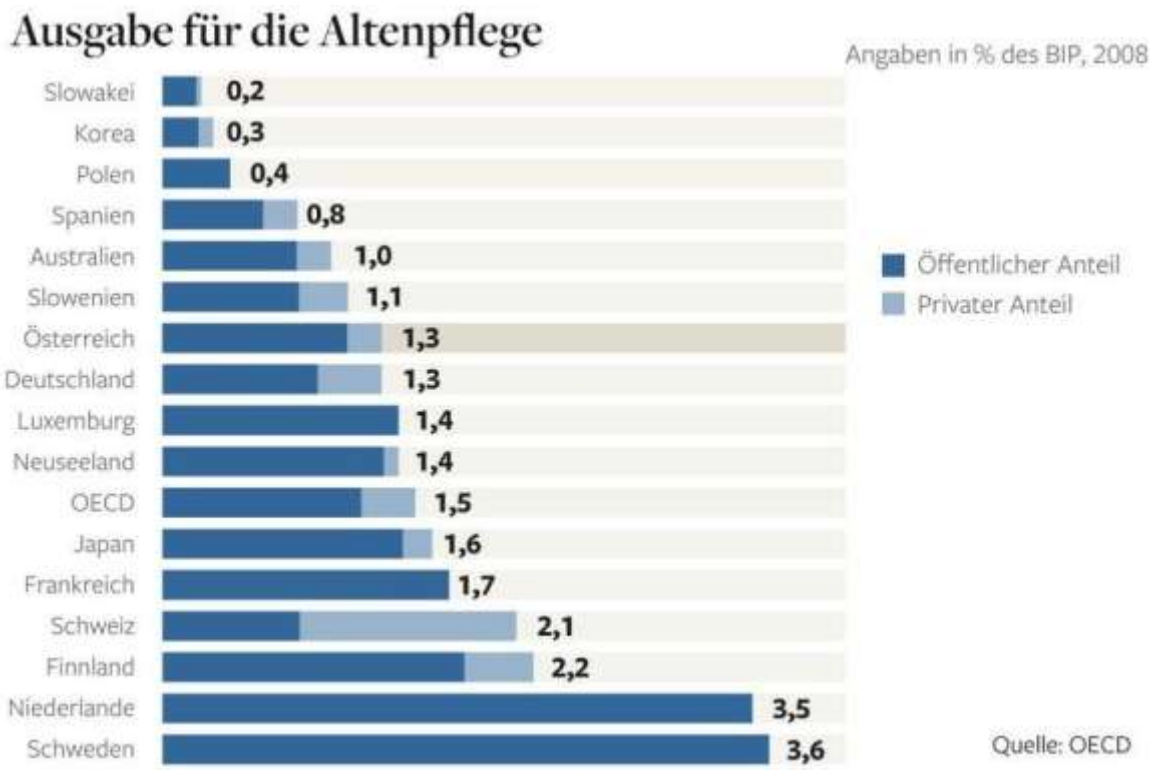
Das österreichische System sieht sieben Pflegestufen vor:

Pflegestufe 1:
Personen, die mehr als 50 Stunden im Monat gepflegt werden müssen, erhalten 154,20 € / Monat.

.
.
.

Pflegestufe 7:
Personen mit mehr als 180 Pflegestunden im Monat und vollständiger körperlicher Beeinträchtigung erhalten 1655,80 € / Monat.

Statistik der Pflegekosten im Ländervergleich



Meine Meinung:
Der Bundestag hat wohl bewusst die Gesetze über die "Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung" und über die "Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung" in dieser Reihenfolge an zwei aufeinanderfolgenden Tagen diskutiert.
Meiner Meinung nach wurde damit zum Ausdruck gebracht, dass der Suizid nur die letzte Möglichkeit sein soll, wenn alle anderen Hilfen versagen.
Die Verbesserung dieser Hilfen, insbesondere die Vernetzung von stationären und ambulanten Hospizen bzw. Hospizdiensten, ist zu begrüßen.
Ein Augenmerk ist dabei auf die Inhalte der im Gesetz genannten Kooperationsverträge zwischen den Hospizen und den speziell geschulten Vertragsärztinnen und -ärzten zu richten.
Was die "Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung" betrifft, hätte der Bundesvorstand der Liberalen Senioren allerdings eine Beibehaltung der bisherigen, liberaleren Gesetzgebung begrüßt.
Es ist zu befürchten, dass die Verschärfung des Gesetzes - wie in den 70er Jahren bei der Abtreibungsdebatte - zu einem Sterbetourismus in die Schweiz führen könnte.

Dr. Horst Dilger

Hospiz- und Palliativversorgung

Am 5. November 2015 wurde das Gesetz zur Hospiz- und Palliativversorgung im Bundestag beschlossen.
Ziel der Gesetzgebungsinitiative war es, kranke Menschen in der letzten Lebensphase individueller betreuen zu können. Dafür ist nun vorgesehen, stationäre Hospize finanziell besser auszustatten. Insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen fehlen noch ausreichende Angebote. Das Gesetz sieht Maßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung, in der sozialen Pflegeversicherung und im Krankenhauswesen vor.

Die Maßnahmen zielen darauf ab,

- die Palliativversorgung und Hospizkultur in stationären Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern zu stärken,
- die Palliativversorgung als Teil der Regelversorgung in der haus- und fachärztlichen Versorgung sowie im Rahmen der häuslichen Krankenpflege zu verankern und die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) flächendeckend zu verbreiten,
- die finanzielle Förderung stationärer Kinder- und Erwachsenenhospize sowie ambulanter Hospizdienste zu verbessern.

Schwerpunkte des Gesetzes sind:

- Im vertragsärztlichen Bereich werden zusätzlich vergütete Leistungen zur Steigerung der Qualität der Versorgung eingeführt.
- Die Bedeutung der häuslichen Krankenpflege wird herausgestellt, und in einer Richtlinie sollen die behandlungspflegerischen Maßnahmen und Leistungen der Palliativpflege näher konkretisiert werden.
- Die finanzielle Ausstattung stationärer Hospize wird durch Erhöhung des Mindestzuschusses sowie der zuschussfähigen Kosten verbessert. Zudem wird den Partnern der Rahmenvereinbarung aufgegeben, einheitliche Standards zu Umfang und Qualität der zuschussfähigen Leistungen zu vereinbaren.
- Zugunsten der ambulanten Hospizdienste werden Hemmnisse beseitigt. So werden z.B. bei der Förderung neben den Personalkosten auch die Sachkosten angemessen berücksichtigt.
- Die Hospizkultur und Palliativversorgung in stationären Pflegeeinrichtungen wird weiter verbessert. Die Sterbebegleitung zur Pflege in der letzten Lebensphase wird als Bestandteil des Versorgungsauftrages der sozialen Pflegeversicherung ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen.
- Die ärztliche Versorgung in vollstationären Pflegeeinrichtungen wird dadurch verbessert, dass diese künftig Kooperationsvereinbarungen mit vertragsärztlichen Leistungserbringern abschließen sollen. Zugleich wird die Teilnahme von Vertragsärztinnen und -ärzten an solchen Kooperationsverträgen finanziell durch eine entsprechende Vergütung gefördert.

In Karlsruhe gibt es schon seit dem 1.11.2014 einen Vertrag zur Speziellen Ambulanten Palliativversorgung (SAPV). Die drei großen Kliniken – das Städtische Klinikum, das Diakonissen Krankenhaus und die St.-Vincentius-Kliniken – sowie die gesetzlichen Krankenkassen haben mit diesem Angebot den Onkologischen Schwerpunkt Karlsruhe (OSP) erweitert, um die Situation schwerkranker Menschen zu verbessern.

Dank des Vertrags können die Betroffenen, wie im oben ausgeführten Gesetz jetzt vorgesehen, auch das spezielle Versorgungsangebot zu Hause in ihrem gewohnten Lebensumfeld in Anspruch nehmen. Dieses Versorgungsangebot wird nun in Kooperation mit den Brückenschwestern durchgeführt, die seither nur dir Betreuung onkologisch erkrankter Patienten übernommen hatten. Mit im SAVP-Team sind neben sieben Brückenschwestern auch acht Ärzte (Stand 2014) aus den beteiligten Kliniken, die über eine spezielle Ausbildung in der Palliativmedizin besitzen.

[HD]

Telemedizin: Mehr Chancen als Risiken und Nebenwirkungen

Wie so oft stehen in Deutschland Sorgen an erster Stelle. Aber kritische Fragen müssen sein. Sie sind Kernbestandteil eines aufgeklärten Bürgertums und damit dem Grundwesen der Freien Demokraten immanent.
Auf der anderen Seite gilt es, als Hightechland Baden-Württemberg und als Land der Dichter und Denker für sich die Rolle eines Innovationsführers im globalen Wettbewerb zu beanspruchen.
Zudem stellt uns der demografische Wandel vor vielfältige Herausforderungen. Die Probleme, insbesondere im ländlichen Raum, für Hausarztpraxen eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger zu finden, werden immer größer.
Deshalb gilt es, nach Chancen und neuen Wegen zu suchen und vorhandene Prozesse auf ihre Effizienz und Effektivität hin zu überprüfen.

Im Bereich der ärztlichen Versorgung bieten sich für die Telemedizin große Chancen. Insbesondere für chronisch kranke Menschen können durch engmaschige Monitoring-Prozesse konkrete Mehrwerte entstehen. Zahlreiche Modellprojekte haben aufgezeigt, dass zum Beispiel

- durch die tägliche Übermittlung einschlägiger Messwerte und deren kompetente Auswertung bei Lungenerkrankten eine deutliche engere Überwachung der Qualität möglich ist.
- Ein anderes Beispiel ist die automatische Verblisterung von Arzneimitteln für jeden Behandlungstag.
- Insbesondere bei komplizierten Medikationen kann es hilfreich sein, wenn die Technik ein gutes Stück weit Hilfe leistet.
- Telemedizin bedeutet daher mehr Sicherheit für die Patientinnen und Patienten. Wir wollen diese deshalb aus der Projektphase in die Regelversorgung überleiten.
- Denn Modellprojekte hat es schon genug gegeben. Und es mangelt nicht an Erkenntnissen, sondern an deren Umsetzung.
- **Wir werden uns deshalb für eine Änderung des Vergütungsrechts der gesetzlichen Krankenversicherung einsetzen.**

Gastbeitrag

Jochen Haußmann MdL

Telemedizin?

- Ja darf ich denn jetzt nicht mehr zu meinem Hausarzt?
- Muss ich da jetzt telefonieren oder kommt das alles nur noch mit dem Computer?
- Behandelt mich etwa ein Roboter?
- Bin ich ein gläserner Patient?

So, oder ähnlich könnten viele gängige Fragen lauten.

Vorteile der Telemedizin

Effizienzreserven
Wenn die Bürgerinnen und Bürger ihre Befunde und Diagnosen sowie ihren Medikationsplan unter Wahrung des nötigen Datenschutzes und der erforderlichen Datensicherung verfügbar haben, können Doppeluntersuchungen vermieden werden.
Auch im Vertretungs- oder Notfall ist mehr Sicherheit gegeben, wenn auf einen Blick klar wird, welche Medikamente jemand nimmt und was die sonstigen Gesundheitsinformationen sind.

Versorgungssicherheit .
Nicht wegen jedes Vorkommnisses muss es schließlich erforderlich sein, persönlich eine Ärztin oder einen Arzt aufzusuchen.

Noch gibt es zwar in Deutschland das Fernbehandlungsverbot. In der Schweiz ist man hier schon weiter, wie ich bei einem konkreten Besuch von Medgate erfahren durfte. Dort haben Ratsuchende die Möglichkeit, sich in einem telemedizinischen Zentrum telefonisch oder online beraten zu lassen. Wer erinnert sich nicht noch daran, wie er sich mit dem ersten kleinen Kind nachts oder am Wochenende zu Notdiensten auf den Weg gemacht hat, wo etwas Erfahrung und ein guter Rat schon ausgereicht hätten.
Ich sehe in der Telemedizin große Chancen, auch was die **Delegation von Aufgaben** anbelangt. Bei allem bleibt für uns Freie Demokraten jedoch unverrückbar klar: Jede und jeder, der es will, soll auch stets persönlich zu einer Ärztin oder einem Arzt gehen können. Und wir wissen, dass der drohende Mangel an Hausärzten nur dadurch abgewendet werden kann, wenn dieser Beruf endlich wieder attraktiv wird.

Vorteile der Telemedizin

- Die Telemedizin bietet die Möglichkeit, erhebliche **Effizienzreserven** zu erschließen.
- Die Telemedizin kann auch zu mehr **Versorgungssicherheit** im ländlichen Raum führen.
- Die Telemedizin erlaubt eine bessere **Delegation von Aufgaben an medizinische Experten.**

Wohnen im Alter: Soll ich in der Wohnung bleiben?

Erstellen Sie sich eine Checkliste

- **Im Grunde ja**, wenn Sie mit Ihrer Wohnsituation und dem Wohnumfeld zufrieden sind.
- **Im Grunde ja**, wenn Sie finanziell so ausgestattet sind, dass Sie die Gebäudeunterhaltung und eine Wohnungsanpassung an das Alter ohne wesentliche Einschränkungen bewältigen können.
- **Im Grunde ja**, wenn Sie eine für alle Seiten zufriedenstellende Nachfolgeregelung gefunden haben.

Diese Fragen muss man sich stellen, wenn man die richtigen Entscheidungen für die Zukunft finden will. Und wenn man darüber nachdenkt, dann findet man - in der Regel direkt zu sich selbst.

Die Berufswelt ist vorbei – die Wohnwelt wird wichtig.

Was erwarte ich nun von meiner Wohnung im Ruhestand?

- Ruhe,
- Sicherheit,
- gute Nachbarschaft,
- ein lebenswertes Quartier und
- ausreichende Versorgungseinrichtungen und
- Mobilität.
- genügend Bewegungsraum und Freiraum auch mit Partner, Freunden oder Gästen.
- Außerdem muss ich die täglichen Besorgungen im Haus bewältigen können.

Lässt sich das nicht annähernd umsetzen, sind

- Gesundheit und
- Lebensqualität erheblich in Gefahr.

Machen Sie sich eine Checkliste und stellen Sie Ihre Bedürfnisse fest und was davon umgesetzt werden kann.

Soll ich im Alter noch umziehen?

Welcher Wohntyp bin ich?

Was will ich eigentlich?

Was kann ich (noch)?

Wie gehe ich mit Ratschlägen um?

An was muss ich sonst noch denken?

WOHIN?
Eine undankbare Aufgabe und umso schwieriger je später Sie darüber nachdenken, wenn es sich nicht vermeiden lässt.
Dazu ein paar Fragen, die Sie sich stellen müssen:.

Wohntyp Frage?
Stellen Sie fest, welcher Wohntyp Sie sind.

- Sind Sie der Einzelgänger, der allein lebt?
- Der Unruhegeist, der ständig unterwegs oder auf Reisen ist?
- Oder lieben Sie die Nähe zur Nachbarschaft oder dem Freundeskreis?

Was will ich?

- Auf dem Land oder in der Stadt leben?
- Neues erfahren oder doch lieber in der gewohnten Umgebung bleiben?
- Den Laden im Haus, die Kneipe an der Ecke oder lieber die Ruhe in der Schlafstadt.

Was kann ich?

- Mir alles leisten und alles selbst bewältigen.
- Ich muss rechnen und brauche Rat für den Umzug.
- Ich kann mich für nichts entscheiden, obwohl mir alle Möglichkeiten offen stehen.

Was ist zu tun?
Die Entscheidungen so formulieren, dass sie umgesetzt werden können.

- Wohnform bestimmen,
- Mitteleinsatz festlegen,
- Ratgeber einsetzen.

Wo finde ich Hilfe?

- Bei Maklern
- Bei Genossenschaften
- Bei Verbänden / Banken
- Bei Sozialdiensten.

Wie entscheide ich?

- Nach eigener Ansicht,
- Empfehlung der Ratgeber ,
- Prüfung der Angebote,
- gegebenenfalls nochmals durch Dritte.

GRUNDSÄTZLICHES
Wenn Entscheidungen zur Immobilie anstehen, sei es

- durch Krankheit,
- Gebrechen,
- oder andere Einflüsse,

hilft es nicht, den Kopf in den Sand zu stecken.
Sonst entscheiden Andere.[GRH)

Beeinflusst die Migrantenkrise die Landtagswahl im März?

Wenn überall in Europa die Nationalkonservativen und Abschottungspopulisten zulegen, ist das natürlich auch für Baden-Württemberg zu erwarten. Die Rechtspopulisten feiern in vielen Ländern Triumphe:

- In Polen hat die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) des früheren Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski als erste Partei seit der dortigen Wende die absolute Mehrheit im Parlament gewonnen.
- In Frankreich hat sich der Front national unter Marine Le Pen erstmals als stärkste Kraft in der ersten Runde landesweiter Regionalwahlen erwiesen und konnte nur durch fragwürdige Mauscheltricks der Etablierten vor einem Durchmarsch gestoppt werden.
- Die als rechtspopulistisch wahrgenommene Schweizerische Volkspartei hat nach ihrem Wahlsieg einen zweiten Sitz im dortigen Bundesrat errungen.
- Die Erfolge der rechtspopulistischen Schwedendemokraten führten im „Einwanderungsmusterland“ Schweden wieder zur Einführung von Grenzkontrollen.
- In Großbritannien hat die rechtspopulistische UKIP (United Kingdom Independence Party) bei der Parlamentswahl im Mai den nationalen Stimmenanteil vervierfacht. Auch in Dänemark und den Niederlanden sind die Populisten im Vormarsch.
- Alexander Gauland, Vize der rechtspopulistischen AfD sagt: "Natürlich verdanken wir unseren Wiederaufstieg in erster Linie der Flüchtlingskrise".

Dabei ist für Deutschland zu sagen, dass es die AfD ohne das ungeschickte Taktieren beim Mitgliederentscheid der FDP zum Eurorettungspaket nicht gäbe. Viele Wirtschaftsliberale aus den bürgerlichen Parteien haben die damalige Lucke-AfD untertützt. Nach der Abspaltung dieses liberalen Flügels in 2015 bewegt sich die AfD zügig in die nationalkonservative Ecke.

Das Problem ist: Viele verbliebene Wirtschaftsliberale bewegen sich mit. Die Herausforderung für uns ist, dem mit liberalen Rezepten entgegenzuwirken.
Wenn überall in Europa die Rechts- und Nationalpopulisten zulegen, können wir das in Nicht-Wahlzeiten zur Kenntnis nehmen und zur Tagesordnung übergehen.

Da wir aber Landtagswahl im März haben, müssen wir darauf sportlich und selbstbewusst reagieren, indem wir uns an unsere liberalen Grundwerte erinnern und diese auch laut auf den Wahlständen bei uns im Ländle vertreten.

Was sind die Ursachen für den Aufstieg der Populisten?

Der Aufstieg hat bekannte Ursachen:

- Der technologische Wandel (Hauptursache in ganz Europa);
- gefolgt von Deindustrialisierung in den alten Industrieländern und Verlagerung in verlängerte Werkbanken (Hauptursache in Großbrittanien);
- gefolgt von Langzeitarbeitslosigkeit (Schwerpunkt in Frankreich und Spanien);
- eine schwache Lohnentwicklung in unteren und mittleren Einkommensschichten (in ganz Europa);
- die kalte Progression als statistisches Artefakt und damit Lohnverlust für die Mittelschicht (durch ein undurchsichtiges Steuersystem vor allem in Deutschland);
- der umfassende Bedeutungsverlust der Nationalstaaten im Zeitalter der Globalisierung (ganz Europa);
- eine starke Einwanderung von Armutsmigranten, verbunden mit einer mangelhaften Integration, die aber von den Regierenden sehenden Auges ignoriert wurde (Frankreich und vor allem Schweden);
- die gewachsene Bedrohung durch islamistische Terroranschläge (ganz Europa).

All dies führt zu Gefühlen der Entfremdung und Angst – zum Gefühl, fremd im eigenen Land zu sein.
Die Populisten - sowohl am rechten als auch am linken Gesellschaftsrand - greifen dies auf und bieten in ihren Programmen die Ablehnung der offenen Gesellschaft und von allem Fremden. Sie offerieren einen starken, autoritären Nationalstaat, der die nationalen Probleme auf jeden Fall besser lösen sollte als die EU.
Werden dadurch die strukturellen Probleme weniger oder können sie national gelöst werden? Mit Sicherheit nicht.
Welche Lösungsansätze bieten sich uns?
Deutsche Intellektuelle und Politiker insbesondere des links-grünen Lagers, tendieren dazu, besonders populistische Parteien einfach zu verbieten. Ich halte davon nichts.
Bürgerliche Politiker der Mitte wie der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy oder führende britische Tories versuchen durch Mimikry die aufstrebenden rechten Nationalpopulisten überflüssig zu machen - in Form von Bekämpfen durch Nachahmen der nationalistischen Parolen. Auch davon halte ich nichts.
Wir Liberalen wollen weder eine Verteufelung der Populisten noch die Kapitulation vor ihnen. Wir wollen die sportliche Auseinandersetzung mit ihnen. Denn wenn sie sich an rechtsstaatliche Prinzipien halten und Missstände schlechter Regierungsführung aufdecken, die von den etablierten Parteien verdrängt werden, sind sie im demokratischen Prozess absolut hilfreich.
Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban hat mit seinem Spruch, dass wir kein europäisches Migrantenproblem hätten, sonder ein deutsches, auch deshalb so viel Zustimmung erhalten, weil er den Kern des Problems trifft. Ungeschickte Äußerungen der Kanzlerin haben zu einer Sogwirkung geführt.
Für Deutschland gilt: Die Parteien der GroKo und Intellektuelle sowie große Teile der Presse ignorieren systematisch die Sorgen der Bevölkerung bezüglich Einwanderung, nationaler Identität und wirtschaftlicher Umverteilungswirkungen – insbesondere im Osten der Republik.
Den Rechtspopulisten fällt es vor dem Hintergrund der Euro-Krise leicht, die EU als Prügelknaben hinstellen. Hat doch die desolate Situation auch mit Versäumnissen der politischen Elite in dieser EU zu tun.

Dr. Wolfgang Allehoff

Deutschland Update

„German Mut statt German Angst“

Keine grotesken Alleingänge mehr: Abstimmung mit Europa bei Migration und Energie

Investition in Bildung und Infrastruktur, Hemmnisse beseitigen, Arbeitsverhältnisse flexibel gestalten

Lust auf die Gestaltung der Zukunft vermitteln

Die FDP in Baden-Württemberg will die Eigenständigkeit der Haupt- und Werkrealschulen sichern und die Privilegierung der unter Grün-Rot geschaffenen Gemeinschaftsschulen beenden.

Dreikönigstreffen der Freien Demokraten in Stuttgart

Christian Lindner stellte in einer fulminanten Rede die Strategie für 2016 vor: **Deutschland Update.**

Kernbotschaften sind:
► Die Liberalen wollen der Verzagtheit im Land Fortschrittsoptimismus entgegensetzen.
„German Mut statt German Angst“
„Statt Veränderungen ängstlich zu begegnen oder gar mit Angst Politik zu machen, setzt die FDP auf Optimismus und Gestaltungswillen“.

► Lindner attestiert der Bundesregierung „vollständiges Versagen in der Flüchtlingspolitik“.
Sie ist „das reinste Reanimationsprogramm für die rechtspopulistische AfD“. Neben dem Bundesinnenminister, der durch seine „groteske Informationspolitik zu einem Klima der Angst“ beigetragen habe, sagt Lindner: "Frau Merkel hat den Kontinent ins Chaos gestürzt".

► Um Deutschland fit für die Zukunft zu machen, fordert die FDP: massiv in Bildung zu investieren, Start-Ups zu fördern, die Infrastruktur (Straße, Schiene, Datenleitungen) zu modernisieren, Investitionshemmnisse (Erbschaftssteuer) abzubauen und flexiblere Arbeitsverhältnisse zu ermöglichen.
„Die Freien Demokraten müssen Probleme gezielt identifizieren (statt sie naiv zu übersehen) und Lösungen dafür anbieten (statt sie nur pessimistisch zu beklagen)“.

►„Wir müssen den Menschen wieder Mut und Lust auf die Gestaltung der Zukunft vermitteln.“
Die sogenannte Qualitätspresse berichtet ohne Häme über die Veranstaltung und stellt fest, von den drei Landtagswahlen, die im März auf dem Programm stehen, seien für die Liberalen vor allem die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz von zentraler Bedeutung, denn dort stünden die Chancen für einen Einzug in die Parlamente am besten. [WHA]

Landesparteitag der FDP/DVP in Fellbach

Die heiße Phase des Landtagswahlkampfes wurde in Fellbach eingeläutet.
Michael Theurer sagte: „Ein Blick auf die schwarz-rote Bundesregierung in Berlin zeigt, wozu Christdemokraten fähig sind, wenn sie kein liberales Korrektiv haben. Dann macht die CDU nur noch Sozialpolitik und verrät die Interessen des Mittelstandes“.
Er paraphrasierte Clintons bekannten Spruch „it´s the economy - stupid“ in „d´ Wirtschaft isch´s - du Hutsimpel“.
„Deshalb braucht es eine starke FDP.“

Als einen besonderen Schwerpunkt der FDP in Baden-Württemberg machte Theurer die Bildungspolitik aus.

„Wer FDP wählt, dem garantieren wir, dass das Gymnasium erhalten bleibt.“
Die FDP will die Eigenständigkeit der Haupt- und Werkrealschulen sichern und die Privilegierung der unter Grün-Rot geschaffenen Gemeinschaftsschulen beenden.

Der LSI Landesvorsitzende Dr. Wolfgang Allehoff unterstützte in seiner Rede das Wahlkonzept, forderte aber:

►Wir müssen die Nachricht **näher** zu den Leuten bringen.
►**Persönlicher** und **einfacher** kommunizieren.
►**Selbstbewusster** auftreten.
►Mehr Mut zu **unabhängigen liberalen Meinungen** haben.
►**Unbequem** sein, wo es notwendig ist. [WHA]

Informationen vom Bundesverband Liberale Senioren

Der Bundesverband Liberale Senioren hat zum Thema Sterbehilfe einen klare Meinung. In seinem Namen schreibt Berthold Bahner, Landesvorsitzender der Liberalen Senioren Saarland:

Das Selbstbestimmungsrecht des Menschen ist unantastbar – bis ans Lebensende.

„Bei der Debatte um Sterbehilfe geht es im Kern um das Recht auf Selbstbestimmung, im Leben wie beim Sterben“, erklärt Detlef Parr, der Bundesvorsitzende der Liberalen Senioren.

Dieses höchste Menschenrecht zu schützen, ist Pflicht aller staatlichen Organe.
Gerade in Grenzsituationen des Lebens und angesichts des Todes kommt diesem Grundsatz besondere Bedeutung zu. Bisher ist die Beihilfe zum Freitod nicht nur straffrei für Angehörige, sondern auch für Ärzte. Das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient begründet nicht nur eine Verantwortung des Arztes, Leben zu erhalten. Es begründet auch seine Verantwortung, den Willen des Kranken zu respektieren. Zwar ist kein Arzt dazu verpflichtet, Beihilfe zum Suizid zu leisten. Das kann er nur nach seinem Gewissen entscheiden. Es dürfen ihm aber auch keine Nachteile entstehen, wenn er dem Wunsch des Patienten nachkommt, sei es durch standesrechtliche Sanktionen, sei es gar durch Strafverfolgung. Abzulehnen ist auch die moralisierende Abwertung von organisierter Sterbebegleitung in Nachbarländern wie der Schweiz.

„Die Liberalen Senioren appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestags, die bestehende Rechtslage nicht zu ändern“, sagt Parr. „Palliativmedizin und Selbstbestimmung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.“ Er plädiert daher für den flächendeckender Ausbau der Palliativversorgung als „unbedingt sofort erforderlich.“

Generell wenden sich die Liberalen Senioren aber entschieden gegen jede Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts, erst recht mit Mitteln des Strafrechts. „Die Selbstbestimmung des leidendenden Menschen darf nicht in Frage gestellt werden, niemals.“ betont Parr.

Bertold Bahner

Dirk H. Heuer (43).
Beruf Altenpfleger

Liebe Mitglieder der LSI Baden-Württemberg, ich bin bei den Liberalen Senioren und der FDP vielfältig aktiv. Seit 2013 sitze ich für die Liberalen Senioren im Bundesfachausschuss (BFA) Arbeit und Soziales der FDP und bin stellvertretender Vorsitzender dieses Gremiums. Meine Hauptschwerpunkte sind Behinderten- und Rentenpolitik. Daneben bin ich noch für die FDP Niedersachsen in gleicher Funktion im BFA Gesundheitspolitik und bearbeite dort das Thema Pflegepolitik und Patientenrechte.

Mir ist es wichtig, den Liberalen Senioren bei den Themen

- Rentenpolitik,
- Behindertenpolitik,
- Pflegepolitik und
- Patientenrente eine starke Stimme zu geben, damit ihre berechtigten Anliegen bei diesen so wichtigen Themen auch gehört werden.

Denn diese Themen müssen von allen Seiten aus her betrachtet werden, statt wie in der Vergangenheit nur aus einem wirtschaftlichen Blickwinkel.

Aktuell wird in der von mir geleiteten Arbeitsgemeinschaft (AG) Eingliederungshilfe und Inklusion ein Antrag zur Reform der Eingliederungshilfe für den nächsten Bundesparteitag vorbereitet.

Auch beim Thema Rente sind wir Liberale Senioren in der AG Rente der FDP nicht nur personell, sondern auch mit eigenen Vorschlägen präsent.

Im BFA Gesundheitspolitik wächst der Einfluss der Liberalen Senioren ebenfalls stetig. Dies nicht nur mit mir als stellvertretendem Vorsitzenden, sondern auch mit Herrn Dr. Knut Köhler, Mitglied der Liberalen Senioren Hamburg und Leiter der AG Pflege. Hier arbeiten wir Hand in Hand, um zwei Anträge zur Pflege und zur Palliativmedizin für den nächsten Bundesparteitag der FDP vorzubereiten.
Mein persönlicher Wunsch ist es, die Liberalen Senioren langfristig so stark zu machen, dass sie den Entscheidungsprozess der "Mutterpartei FDP" entscheidend mitbestimmen.

Mit freundlichen Grüßen
Dirk H. Heuer

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben-Ulm

Zum Jahresabschluss Fahrt zur ehemaligen Reichsabtei Ochsenhausen.

Die letzte Veranstaltung des Jahres 2015 führte die Liberalen Senioren von Ulm, aus Oberschwaben und der Bodenseeregion nach Ochsenhausen zum Kloster.

Im Laufe unserer Führungen durch die beeindruckende Anlage erfuhren wir Wissenswertes über die Geschichte, die Kunstschätze, die ausführenden Baukünstler sowie über die heutige Verwendung des Gebäudes durch die **Landesakademie für die musizierende Jugend in Baden-Württemberg**.
Die **Reichsabtei Ochsenhausen** war von 1090 bis 1803 ein Kloster der Benediktiner in Ochsenhausen in Oberschwaben, nur dem Kaiser unterstellt.

Besonders sehenswert sind die Treppenhäuser, ebenso das Refektorium - „die schönste Mensa Deutschlands“ - sowie der Bibliothekssaal, in dem heute viele bedeutende Konzerte veranstaltet werden.

Das Kloster war überraschend weltoffen und modern. Davon zeugt neben der Bibliothek die barocke Sternwarte. Die Äbte von Ochsenhausen waren bedeutende Auftraggeber für die besten Künstler der jeweiligen Zeit. Josef Gabler, der geniale Orgelbauer, schuf hier seine erste Orgel – noch erhalten in der Klosterkirche.
Im Jahr 1803 wurde

das Kloster aufgelöst und ging an den Grafen von Metternich, der im gleichen Jahr zum Fürsten wurde und Ochsenhausen zugleich zum Fürstentum. Der Fürst nahm alles an sich und verwies den Abt des Klosters. Nachdem er alles Inventar aus dem Kloster verkauft hatte, verstarb er 1805. Ein Jahr später fielen das Kloster und Ochsenhausen an das Königreich Württemberg. Es folgte ein langer Zeitraum des Verfalls, bis man im Jahr 1964 über Dekaden mit der Renovierung begann, deren Ergebnis heute noch jeden Besucher erstaunen lässt.

Zur Zeit befindet sich die Landesakademie für die musizierende Jugend in Baden-Württemberg in den früheren Konvent Gebäuden.
Mit ihrem umfangreichen Fortbildungsangebot für musikalische Ensembles aller Art und ihrer Kapazität von 146 Betten ist die Akademie die größte Bildungseinrichtung ihrer Art in Deutschland. Und die schönste dazu, wie viele Gäste meinen. Denn die barocken Räume des ehemaligen Klosters bieten den Kursteilnehmern eine einmalige und unverwechselbare Atmosphäre.

Die barocke

Regionalverband Bodensee-Oberschwaben-Ulm

Barock und Moderne

Gruppenbild auf der berühmten Ochsenhausener Treppe

Die weltbekannte Gablerorgel

Die ganze Region wiederum profitiert von der Akademie durch großartige Konzertveranstaltungen.

de Mitglieder überreichten: Frau Monika Schützbach, die wir an diesem Nachmittag als **Neumitglied** begrüßten,

LSI Teilnehmer im Bibliothekssaal

Nach den Führungen trafen wir uns im **Café Grieser** zu einem gemütlichen Zusammensein. Als Überraschung zeigten wir eine kurze Fotoserie über die Veranstaltungen des Regionalverbands in den vergangenen 12 Monaten. Unser Mitglied **Paul Jakob** hat eine ausführliche Fotoschau mit Tonuntermalung auf DVD erstellt, die wir als Geschenk und Anerkennung an folgen-

Herrn Roland Ernst, der sich und seine Frau als erste für diese Veranstaltung anmeldeten, sowie Herrn Peter Fischer für seine Verdienste um unseren Regionalverband. Es war eine gelungene Abschlussveranstaltung mit Teilnehmern aus allen Teilen der Region. Bedauerlich nur, dass wir nicht alle Anmeldungen berücksichtigen konnten.

Text: KK / GB
Bilder: KK

Redaktionsteam / Themen / Termine

Liebe Mitglieder und Freunde der LSI,

mit unseren Themenstellungen sind wir auf der Höhe der Zeit:

- Fokus auf **gesundheitsstärkende Faktoren**
- Fokus auf **Sicherheit und Prävention**
- Fokus auf architektonische **Wohnkonzepte, die nicht erst im Alter beginnen**
- Fokus auf **Lernkonzepte, die lebenslang gelten**
- Fokus auf **generationenübergreifende Lösungsansätze**
- Fokus auf **bürgerschaftliches Engagement**

Ihr Redaktionsteam

Redaktionsteam;

Dr. Wolfgang Allehoff (WHA)
Heidemarie Skudelny (SKY)
Dr. Kurt Sütterlin (KS)
Günther Hammer (GRH)
Klaus Kastner (KK)

Autoren dieser Ausgabe:

Dr. Gerhard Bozler (GB)
Dr. Horst Dilger (HD)

Gastbeiträge

Berthold Bahner
Jochen Haussmann, MdL
Dirk-H. Heuer

Nächste LSI Aktuell-Themen

1. **Ergebnis der Enquetekommission Pflege**
2. **Lebenslanges Lernen aus LSI-Sicht**

Aufruf zur Mitarbeit:
Unser LSI-Aktuell kann nur so informativ sein, solange Sie – unsere Leser – aktiv an der Gestaltung mitarbeiten.
Bitte senden Sie Ihre Zuschriften an unsere zentrale E-Mail-Adresse

info@liberale-senioren-bw.de

Terminankündigungen:

Landtagswahl Baden-Württemberg 13. März 2016

Mitgliederversammlung LSI Fellbach 23. April 2016

Jour-Fixe-Themen Stuttgart

- 13.01.16 Liebe im Alter
- 10.02.16 Landtagswahlprogramm

Bitte informieren Sie sich auf unserer Homepage.

Liberale Senioren Initiative
Baden-Württemberg

Rosensteinstr. 22
70191 Stuttgart

info@liberale-senioren-bw.de

Inhaltsverzeichnis:

Wahlaufruf (WHA/GB/KS)	Seite 1
Enquetekommission Pflege (J. Haussmann)	Seite 2-3
Hospiz- und Palliativversorgung (HD)	Seite 4
Telemedizin (J. Haussmann)	Seite 5
Wohnen im Alter (GRH)	Seite 6
Migrantenkrise und Landtagswahl (WHA)	Seite 7
Dreikönigstreffen der Freien Demokraten (WHA)	Seite 8
Informationen vom Bundesverband LiS	Seite 9
Reichsabtei Ochsenhausen (KK/GB)	Seite 10-11
Redaktionelle Informationen	Seite 12

www.liberale-senioren-bw.de